

Am 28. Juni 2020 an die Urne

Für einen massvollen Umgang mit unseren Steuergeldern

Nein

zur Steuerfusserhöhung

und

zum Budget 2020

Die Einnahmen müssen die Ausgaben steuern
und

nicht Ausgaben die Steuereinnahmen diktieren

www.zukunft-bremgarten.ch

Warum soll und muss ein Steuerfuss 94% reichen?

1.

Seit Jahren ist die Stadt Bremgarten mit **Schönwetter-Budgets** und **Budgetungenauigkeiten** unterwegs, hier nur die letzten 3 Jahre:

2019: Die Rechnung der Stadt schliesst fast **1 Million Franken** über dem Budget ab.

2018: Die Rechnung der Stadt schliesst fast **1,4 Millionen Franken** über dem Budget ab.

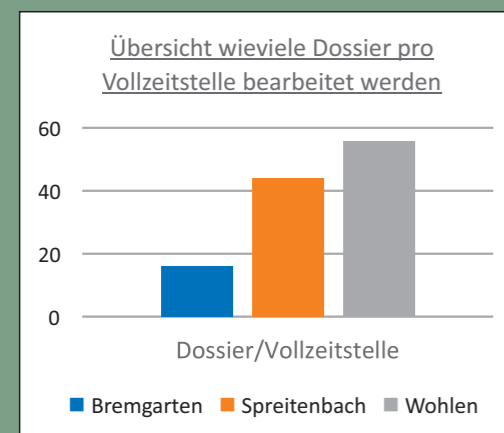
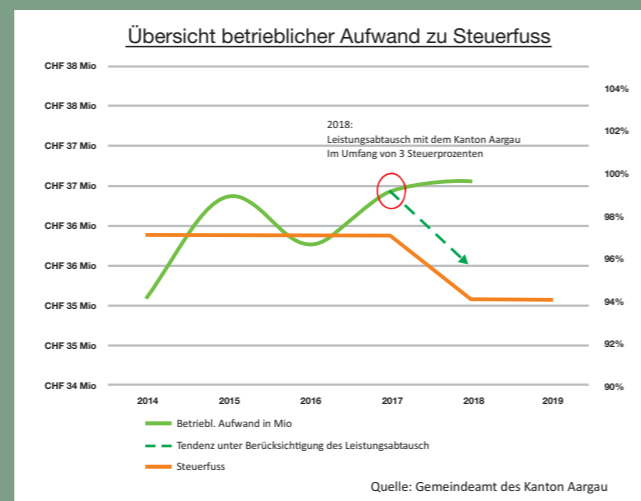
2017: Die Rechnung der Stadt schliesst um **1,1 Millionen Franken** über dem Budget ab.

Die Erklärung unserer Stadtverantwortlichen dazu: «*Einerseits hatten wir höhere Steuereinnahmen, andererseits konnten wir den Nettoaufwand etwas geringer halten*», «*...diese Differenzen seien aber im Bereich der Budgetungenauigkeit und kaum planbar*» und «*dieses Plus ist kein Grund zur Euphorie*».

Wenn schon Millionen kaum planbar sind, was genau soll mit einer Steuererhöhung im Umfang von 0.6 Millionen erreicht werden?

2.

Bei einer Zustimmung zur Steuererhöhung wird die häufig angesprochene **Verschuldung** unserer Stadt trotzdem weiter zunehmen. Der Stadtrat und die Verwaltung werden keinen Druck verspüren, ihre **verfehlte Ausgabenpolitik** zu beenden und seriös zu sparen. Die Vermutung ist gross, dass in wenigen Jahren die Steuern **erneut massiv erhöht** werden müssten. Aus der Graphik rechts (basierend auf den Zahlen des Kantons) geht klar hervor, dass trotz des Leistungsabtausch von 2018 der betriebliche Aufwand nicht gesunken ist. Der Leistungsabtausch führte zu 3% höheren Kantonssteuern, welche durch die Übernahme von Leistungen ausgeglichen wurden. Es folgte jedoch keine Reduktion des Betriebsaufwands von Seiten der Stadt Bremgarten.



Als Beispiel wo unsere Stadt viel Geld ausgibt und man somit sparen könnte, kann man die Anzahl der Mitarbeiter auf unserem Sozialamt nehmen – in anderen Gemeinden bearbeitet ein Vollpensum bedeutend mehr Dossiers als bei uns, so. z. B. in Spreitenbach oder Wohlen. Dass es für die Erhöhung der Stellen einer Abteilung um fast 30% noch dazu ein externes Gutachten brauchte, lässt viele Fragezeichen offen

Und so wird auch an dieser Urnenabstimmung über 2 Tiefbauprojekte im Umfang von fast einer Million abgestimmt, welche im letzten Jahr noch nicht ersichtlich waren und die Investitionsrechnung zusätzlich belasten. Das Sparpotential ist jedoch nach offizieller Aussage kaum bezifferbar.

3.

In einer Zeit, in welcher Bund und Kanton mit gigantischen **Hilfspaketen** unsere Bevölkerung, Arbeitsplätze und unsere Wirtschaft am Leben erhalten, erscheint es unlogisch, diese Massnahmen durch **Steuererhöhungen** zunichte zu machen. Die grosse Mehrheit der Städte der Schweiz hat verlauten lassen, dass sie die Steuern eben wegen Corona nicht erhöhen werden.

Falsche Behauptungen des Ja-Komitees:

Die Befürworter von höheren Steuern behaupten: Es fehlen gut 600'000.- für ein ausgeglichenes Budget.

Richtig ist aber: Die 3% Steuererhöhung bringen gemäss Abstimmungsunterlagen gute 500'000.- und das Budget 2020 resultiert mit einem Überschuss von 100'000.-. Somit würden 400'000.- fehlen.

Die Befürworter von höheren Steuern behaupten: Es seien bereits über 36 Million Franken an Investitionsausgaben über die nächsten 10 Jahre beschlossen.

Richtig ist aber: Der Stadtrat selbst schreibt in den Abstimmungsunterlagen, dass von den geplanten Investitionen nur der kleinste Teil spruchreif ist.

Die Befürworter von höheren Steuern behaupten: Ohne die geplante Steuererhöhung steuert die Stadt Bremgarten in eine rekordhohe pro Kopf Verschuldung.

Richtig ist aber: Bremgarten hatte nach der Fertigstellung der Umfahrungsstrasse eine massiv höhere Verschuldung.

Die Befürworter von höheren Steuern behaupten: Unser Budget sei nur dank der Entnahme aus der Aufwertungsreserve ausgeglichen.

Richtig ist aber: Die Aufwertungsreserve ist durch Neubewertung von älteren, bereits abgeschriebenen Objekten entstanden. Somit ist dies kein Finanztrick, sondern das Resultat aus dem Wechsel zum HRM2. Überraschend ist aber, dass nach der gesetzlich erlaubten letzten Ausschüttung immer noch mehr als 20 Million Franken in diesem Topf sind.

Das überparteiliche Komitee gegen die Steuererhöhung setzt sich aus Bremgartnerinnen und Bremgartnern aller Bevölkerungsschichten zusammen und wird unterstützt von



www.zukunft-bremgarten.ch